


Autor:	Franz Josef Düwell, Christoph Bayer	Quelle:	
Erscheinungsjahr:	2017	Normen:	Art 2 BTHG, Art 26 BTHG, § 83 SGB 9 vom 23.12.2016, § 84 Abs 1 SGB 9, § 84 Abs 2 SGB 9, § 94 SGB 9 vom 23.12.2016, § 95 Abs 2 S 3 SGB 9 vom 23.12.2016, § 96 SGB 9 vom 23.12.2016, § 97 SGB 9 vom 23.12.2016, § 102 SGB 9 vom 23.12.2016, § 132 SGB 9 vom 26.07.2016, § 2 Abs 1 SGB 9 2018, § 61 SGB 9 2018, § 167 Abs 1 SGB 9 2018, § 167 Abs 2 SGB 9 2018, § 23 Abs 3 BetrVG, § 80 Abs 1 Nr 4 BetrVG, § 88 BetrVG, § 92 BetrVG, SchwbAwV, SchwbAV 1988
Beitragstyp:	Monographie	Verlag:	Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
		Bestellnummer:	ISBN 978-3-8487-3602-7

Das neue Recht für behinderte Beschäftigte

Inklusion am Arbeitsplatz - Bundesteilhabegesetz als Herausforderung für Vertretungen, Arbeitgeber und Anwaltschaft

Nomos-Praxis

Gliederung

- Vorwort
- § 1 Das Bundesteilhabegesetz
 - I Gesetzesbeschluss
 - II Artikelgesetz
 - III Gestuftes Inkrafttreten der Reform
 - IV Vorschaltgesetz zum Schwerbehindertenrecht
 - V Vorgezogene Änderungen durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch
 - VI Überholende Änderung im Verwaltungsrecht des Bundes
- § 2 Synopse Änderungen im SGB IX und Katalog der Korrekturen
 - I Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz
 - II BVG-Änderungsgesetz als Korrekturgesetz
- § 3 Änderungen im Ausweisrecht
- § 4 Änderung Versorgungsmedizinverordnung
- § 5 Änderungen im BetrVG
- § 6 Die Stärkung der SBV durch Art 2 BTHG
 - I § 83 Inklusionsvereinbarung
 - 1 Entstehungsgeschichte
 - 2 Anwendungsbereich
 - 3 Inhalte einer Inklusionsvereinbarung

4	Weiterhin bestehende Fragen
5	Fortgelten bestehender Integrationsvereinbarungen
II	Neuregelung des Vertretungsfalles
III	Übergangsmandat für betriebliche SBV
1	Schließung einer Vertretungslücke
2	Voraussetzungen des Übergangsmandats
3	Begrenzung auf Vertretungslücken
4	Inhalt des Übergangsmandats
5	Dauer des Übergangsmandats
6	Übergangsmandat für Öffentlichen Dienst und Kirchen
IV	Heranziehung von stellvertretenden Mitgliedern
1	Heranziehung für örtliche SBV
2	Heranziehung für überörtliche Vertretungen
V	Freistellung von der beruflichen Tätigkeit
1	Absenkung des Schwellenwerts
2	Teilfreistellung
VI	Schulung für stellvertretende Mitglieder
VII	Aufwandsentschädigung
VIII	Zurverfügungstellung einer Bürokraft
IX	Interne Stellenbesetzung bei öffentlichen Arbeitgebern
§ 7	Sicherung der Beteiligung durch Art 2 BTHG
I	Das Aussetzungsverlangen
II	Die gerichtliche Rechtsdurchsetzung
1	Einstweiliger Rechtsschutz bei unterlassener Beteiligung
2	Feststellungsantrag
3	Vorbeugender Unterlassungsantrag in der Rechtsprechung
4	Die Klarstellung des Gesetzgebers
III	Die Unwirksamkeitsklausel für Arbeitgeberkündigungen
1	Rechtsprechungskorrektur
2	Klarstellung der Unwirksamkeitsfolge
3	Unverzögliche Unterrichtung
4	Unterrichtungsvorsprung der SBV
5	Umfassende Unterrichtung
6	Richtiger Adressat der Unterrichtung
7	Mehrfache Beteiligung nach Ablauf der Wartezeit
8	Fristen für Stellungnahme im Rahmen der Anhörung
9	Berechnung des Ablaufs der Stellungnahmefrist
10	Prüfung der Stellungnahme
11	Unverzögliche Mitteilung der getroffenen Entscheidung
12	Kündigung in der Wartezeit
13	Unbekannte oder noch nicht anerkannte Schwerbehinderung
14	Laufendes Gleichstellungsverfahren
15	Kündigung und Aussetzung
§ 8	Vereinfachung von Wahlverfahren durch Art 2 BTHG
I	Einführung des Begriffs "überörtliche Vertretungen"
II	Vereinfachtes Wahlverfahren zu überörtlichen Vertretungen
III	Unklarheit für das Kriterium "weit auseinander"
IV	Unklarheit bei Einvernehmen und Losentscheid
§ 9	Änderungen im kollektiven Schwerbehindertenrecht durch Art 1 BTHG
I	Die Prävention nach § 84 Abs 1 SGB IX
1	Geltungsbereich
2	Folgen unterlassener Prävention
3	Verhältnis zu § 84 Abs 2 SGB IX

- 4 Anforderungen an ein ordnungsgemäßes Präventionsverfahren
- 5 Der neue § 95 Abs 2 Satz 3 SGB IX
- II Das betriebliche Eingliederungsmanagement
 - 1 Änderungen im Zuge des BTHG
 - 2 Einordnung des bEM
 - 3 Die hervorgehobene Verantwortung der Rehabilitationsträger und Integrationsämter
 - 4 Die gesetzliche Regelung des bEM im Überblick
 - 5 Beteiligung der Interessenvertretungen und externer Personen
 - 6 Einzelfragen
 - a Die Einleitung des bEM
 - b Der Such- bzw Klärungsprozess im bEM
 - c Die Umsetzung der im bEM beschlossenen Maßnahmen
 - 7 Vorschriften im Zusammenhang mit einem bEM
 - 8 Prämien und Bonus
- III Wegfall einer Ordnungswidrigkeit
- IV Umbenennung des Beauftragten des Arbeitgebers
- V Verschwiegenheitspflicht
- § 10 Seit 30.12.2016 geltende Änderungen des BetrVG
 - I Ergänzungen zur Inklusionsaufgabe
 - II Aufgaben des Betriebsrats
 - III Freiwillige Betriebs Vereinbarungen
 - IV Personalplanung
- § 11 Neuerungen zur Ausgleichsabgabe
 - I Bekanntmachung der Erhöhungsbeträge
 - II Erleichterungen für Kleinunternehmer
 - III Unterrichtung der Arbeitnehmervertretungen
- § 12 Änderungen im Individual-Schwerbehindertenrecht
 - I Änderung des Behindertenbegriffes
 - II Budget für Arbeit
 - III Gleichstellung behinderter Jugendlicher
 - IV Feststellung der Schwerbehinderung
 - 1 Amtliche Feststellung
 - 2 Rückwirkung der Feststellungsentscheidung
 - 3 Rückwirkung der Feststellung auf Stichtage
 - 4 Auswirkung auf den besonderen Kündigungsschutz
 - V Ermächtigungsgrundlage Versorgungsmedizin
 - VI Schwerbehindertenausweis und Merkzeichen
 - 1 Format des Schwerbehindertenausweises
 - 2 Merkzeichen TBl
 - 3 Voraussetzungen für Merkzeichen aG
- VII Beteiligung im Beirat
- § 13 Vom Integrationsprojekt zum Inklusionsbetrieb
 - I Ab 2018 neuer Name und Vorzug bei Ausschreibungen
 - II Integrationsprojekte für Langzeitarbeitslose
 - III Integrationsprojekte für psychisch kranke Menschen
- § 14 Neues Recht für Werkstattbeschäftigte
 - I Frauenbeauftragte
 - II Erweiterte Ermächtigung zur Werkstättenverordnung
 - III Mitbestimmung in der Werkstatt
- § 15 Neues im Tele- und Heimarbeitsrecht
 - I Unterscheidung zwischen Tele- und Heimarbeit
 - II Recht auf Telearbeit am Heimarbeitsplatz
 - III Heimarbeit in Zeiten der Digitalisierung

IV	Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses durch Kündigung
V	Kündigungsschutz für behinderte Heimarbeiter
VI	Besonderer Kündigungsschutz für schwerbehinderte Heimarbeiter
VII	Betriebsverfassungsrechtlicher Schutz vor Kündigung
VIII	Schwerbehinderungsvertretungsrechtlicher Schutz
§ 16	Neues Recht für behinderte Soldatinnen und Soldaten
I	Gleichstellung mit schwerbehinderten Menschen
II	Weiterverwendung mit Behinderungen
III	Wahlberechtigung in militärischen Einheiten
IV	Aktives Wahlrecht in allen Dienststellen
V	Vertretungstätigkeit der SBV in militärischen Einheiten
VI	Einheitlicher Wahlbezirk für den MAD
	Nachwort zum Gesetzgebungsverfahren: Der lange Kampf um das Recht der SBV
	Stichwortverzeichnis

© juris GmbH